

## RECHTSBEWUSSTES HANDELN

Frage-Antwort-Karten  
zur Prüfungsvorbereitung für  
**Industriemeisterin (IHK)**  
**Industriemeister (IHK)**

**Fachrichtungsübergreifende Basisqualifikation**

**AKTUALISIERUNG 2015**





Was bedeutet „besonderer Kündigungsschutz“ und beschreiben Sie 4 Fälle, in denen ein besonderer Kündigungsschutz besteht.



## Was bedeutet „besonderer Kündigungsschutz“ und beschreiben Sie 4 Fälle, in denen ein besonderer Kündigungsschutz besteht.

Während des besonderen Kündigungsschutzes ist **jede ordentliche Kündigung grundsätzlich unwirksam**. Eine außerordentliche Kündigung ist jedoch möglich, wenn der Arbeitgeber einen wichtigen Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses hat.

§ 9 MuSchG	Die Kündigung gegenüber einer Frau während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf von vier Monaten nach der Entbindung ist unzulässig.
§ 15 KSchG	Die Kündigung eines Mitglieds eines Betriebsrats sowie einer Jugend- und Auszubildendenvertretung ist unzulässig.
§ 85 SGB IX	Der Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines schwerbehinderten Menschen durch den Arbeitgeber bedarf der vorherigen Zustimmung des Integrationsamtes.
§ 60 WPflG i.V.m. § 2 Abs.1 ArbPlSchG	<p>Hinweis: Mit dem 1. Juli 2011 hat Deutschland die Wehrpflicht ausgesetzt, und stattdessen einen freiwilligen Wehrdienst eingeführt, welcher im Wehrpflichtgesetz WPflG geregelt ist. Nach § 16 Abs.7 ArbPlSchG gelten die Regelungen des ArbPlSchG auch für die <b>freiwillig Wehrdienst Leistenden</b>.</p> <p>Von der Zustellung der Dienstantrittsaufforderung (früher: Einberufungsbescheides) bis zur Ende des Grundwehrdienstes sowie während einer Wehrübung darf der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis nicht kündigen.</p> <p>Dies gilt auch im Falle des Wehrdienstes als Soldat auf Zeit für die endgültig auf <b>insgesamt maximal auf 2 Jahre festgesetzte Dienstzeit, § 16a Abs.1 Nr.2 ArbPlSchG</b>.</p>
§ 18 BEEG	<p>Während der Elternzeit darf der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis nicht kündigen. Der Kündigungsschutz beginnt</p> <ol style="list-style-type: none"><li>frühestens 8 Wochen vor Beginn einer Elternzeit bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes und</li><li>frühestens 14 Wochen vor Beginn einer Elternzeit zwischen dem 3. Geburtstag und dem vollendeten 8. Lebensjahr des Kindes.</li></ol>



Welche Beitragssätze bestehen in der Sozialversicherung 2015?



## Welche Beitragssätze bestehen in der Sozialversicherung 2015?

Sozialversicherung	Beitragssätze 2015
<b>Rentenversicherung</b>	<b>18,7 %</b> d.h., AN und AG zahlen je 9,35 %
<b>Krankenversicherung</b>	<b>Allgemeiner Beitragssatz von 14,6 % plus X % (möglicher Zusatzbeitrag)</b> d.h., AN zahlen 7,3 % plus X % - und AG zahlen 7,3 %
<b>Pflegeversicherung</b>	<b>2,35 % bzw. 2,6 % für Kinderlose</b> d.h., AN und AG zahlen je 1,175 %, Beachte: Kinderlose Mitglieder zahlen einen Beitragszuschlag in Höhe von 0,25 % (= 1,425%) Ausnahmen: Mitglieder, die das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder vor dem 01.01.1940 geboren sind, sowie Wehr- und Zivildienstleistende zahlen keinen Kinderlosenzuschlag
<b>Arbeitslosenversicherung</b>	<b>3 %</b> d.h., AN und AG zahlen je 1,5 %
<b>Unfallversicherung</b>	Beiträge trägt der Arbeitgeber allein



Was versteht man unter Beitragsbemessungsgrenzen und nennen Sie die unterschiedlichen Bemessungsgrenzen in der Sozialversicherung 2015.

## Was versteht man unter Beitragsbemessungsgrenzen und nennen Sie die unterschiedlichen Bemessungsgrenzen in der Sozialversicherung 2015.

Bemessungsgrenzen sind Höchstbetragsgrenzen des erzielten Arbeitsentgelts, bis zu denen Sozialversicherungsbeiträge erhoben werden werden.

D.h., über dieser Obergrenze werden keine Beiträge mehr abgezogen, es entstehen aber auch keine zusätzlichen Ansprüche.

Sozialversicherungszweig	Alte Bundesländer Beitragsbemessungsgrenzen 2015 monatlich (jährlich)	Neue Bundesländer Beitragsbemessungsgrenzen 2015 monatlich (jährlich)
Renten- und Arbeitslosenversicherung	6.050 € (72.600 €)	5.200 € (62.400 €)
Kranken- und Pflegeversicherung	4.125 € (49.500 €)	4.125 € (49.500 €)



Erläutern Sie anhand von zwei Beispielen, wer in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist (= versicherter Personenkreis).

## Erläutern Sie anhand von zwei Beispielen, wer in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist (= versicherter Personenkreis). !

Pflichtversicherte, § 5 SGB V	<p><b>Pflichtversichert sind Arbeitnehmer und Auszubildende</b>, die gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind, aber deren regelmäßiges jährliches Arbeitsentgelt die Versicherungspflichtgrenze/ allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze (2015: 54.900 Euro) nicht übersteigt.</p> <p>Pflichtversichert sind weiterhin Empfänger von Arbeitslosengeld, Rentner, Studenten, Teilnehmer an Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, in Behindertenwerkstätten beschäftigte behinderte Menschen etc.</p>
Familienversicherte, § 10 SGB V	<p><b>Ehegatte und Kinder</b> sind beitragsfrei mit dem Versicherten geschützt, soweit sie nicht selbst versicherungspflichtig oder hauptberuflich selbstständig sind oder kein Gesamteinkommen haben, welches regelmäßig 1/7 der monatlichen Bezugsgröße überschreitet.</p>
Freiwillig Versicherte, § 9 SGB V	<p>Versicherungsfreie Personen können der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig beitreten.</p> <p>Aber: Freiwillig (gesetzlich) versichern kann sich grundsätzlich nur, wer zuletzt pflicht- oder familienversichert war. Der Beitritt muss innerhalb von drei Monaten schriftlich erklärt werden.</p>



Wer ist in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungsfrei?

## Wer ist in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungsfrei?

In der gesetzlichen Krankenversicherung sind folgende Personengruppen versicherungsfrei nach § 6 Abs.1 Nr. 1-8 SGB V:

1. Unternehmer, Selbständige, Freiberufler, Beamte, Richter, Soldaten auf Zeit und sonstige beihilfeberechtigte Bedienstete
2. Geringfügig Beschäftigte (Minijob)
3. Personen, die durch das Krankenfürsorgesystem der EU geschützt sind
4. Arbeitnehmer mit einem regelmäßigen jährlichen Arbeitsentgelt von mehr als **54.900 Euro (= Versicherungspflichtgrenze, allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze 2015)**. Die Versicherungspflichtgrenze bezeichnet für Arbeitnehmer die Pflichtgrenze, bis zu der die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht.

Aber:

Zulagen, die mit Rücksicht auf den Familienstand gezahlt werden (z.B. Kindergeld), bleiben bei der Berechnung des jährlichen Arbeitsentgelts außer Betracht, d.h., sie werden nicht auf das Jahresarbeitsentgelt angerechnet.



Nennen Sie vier Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung.



## Nennen Sie vier Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung.

- Leistungen der häuslichen Pflege wie Pflegesachleistungen, Pflegegeld oder Kombination von Geld- und Sachleistungen - je nach Pflegestufe.  
Häusliche Pflege liegt vor, wenn die Pflege in den „eigenen vier Wänden“ stattfindet.
- Pflegevertretung (Ersatz-/Verhinderungspflege):  
Bei Verhinderung oder Urlaub der Angehörigen oder der ehrenamtlichen Pflegeperson besteht Anspruch auf Ersatzpflege für bis zu 6 Wochen und bis zu 1.612 Euro im Jahr (Stand 2015).
- Pflegehilfsmittel und technische Hilfen, wie Gehwagen, Rollstuhl, Pflegebetten etc.
- Teilstationäre Tages- und Nachpflege sowie Kurzzeitpflege  
zur Ergänzung oder Entlastung der häuslichen Pflege und wenn eine ausreichende Betreuung zu Hause nicht mehr möglich ist.
- Stationäre Pflege  
Beachte: Vorrang der häuslichen Pflege, § 3 SGB XI
- Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegeperson,  
d.h., die Pflegeversicherung zahlt die gesetzlichen Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen. Pflegende Angehörige sind bei allen Pflegetätigkeiten und mit der Pflege verbundenen Tätigkeiten und Wege gesetzlich unfallversichert.
- Pflegekurse zur Unterstützung der Pflegepersonen und zur Qualitätssicherung.
- Bezugsschussung von notwendigen Umbauten in der Wohnung (Wohnungsanpassung).
- Pflegegeld für „Arbeitgebermodelle“,  
d.h., bei selbst sichergestellter Pflege durch eine Festanstellung einer Pflegeperson wird von der Pflegeversicherung Pflegegeld gezahlt.



Was versteht man unter dem Generatio-  
nenvertrag?

Wie wird die gesetzliche Rentenversi-  
cherung finanziert?



## Was versteht man unter dem Generationenvertrag?

Der Generationenvertrag ist ein **Vertrag zwischen der beitragszahlenden und der rentenempfangenden Generation**, mit der Verpflichtung, dass die heutige arbeitende Generation durch ihre Beiträge die Renten der vorhergehenden Generation sichert und zwar in der Erwartung, dass die ihr folgende Generation die gleiche Verpflichtung übernimmt.

## Wie wird die gesetzliche Rentenversicherung finanziert?

Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch

1. **Beiträge der Versicherten**, die bei versicherungspflichtigen Beschäftigten je zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen werden, also je 9,35 % (Stand 2015)  
Beachte:  
Freiwillig versicherte Selbständige tragen den vollen Beitrag allein.
2. **Bundeszuschüsse**  
Diese dienen zur Finanzierung so genannter „versicherungsfremder Leistungen“.



Was ist bei der Altersrente zu beachten?



## Was ist bei der Altersrente zu beachten?

- **Grundsatz:**  
Regelaltersrente erhält, wer die Regelaltersgrenze erreicht und die allgemeine Wartezeit von 5 Jahren erfüllt hat.
- **Rentenabschläge bei vorzeitiger Renteninanspruchnahme:**  
Wird die Altersrente vorzeitig in Anspruch genommen, verringert sich der Zugangsfaktor für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme um 0,003 (d.h. jedes Jahr Frührente schlägt mit Abschlägen von 3,6 % zu Buche) - maximal kann der Abschlag für 36 Monate erhoben werden.  
**Neu ab dem 1. Juli 2014:** Im Koalitionsvertrag wurde aufgenommen, dass langjährig Versicherte, die durch 45 Beitragsjahre ihren Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung erbracht haben, ab dem 1. Juli 2014 mit dem vollendeten 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen können.
- **Rentenerhöhung bei späterer Renteninanspruchnahme:**  
Wird die Rente erst nach dem regulären Renteneintrittsalter in Anspruch genommen, erhöht sich der Zugangsfaktor für jeden Monat um 0,005. Hier gilt die Obergrenze von 36 Monaten nicht.
- **Hinzuverdienstgrenze bei vorzeitiger Altersrente und bei Erwerbsminderungsrente:**  
Vor Erreichen der Regelaltersgrenze ist bei den Altersrenten eine Hinzuverdienstgrenze zu beachten. Die Hinzuverdienstgrenze für die Vollrente bzw. wegen voller Erwerbsminderung beträgt im Jahre 2015 monatlich 450 € pro Monat. Danach kann neben der Altersrente unbegrenzt hinzuverdient werden.
- Die Altersgrenze für die Regelaltersrente wird von 2012 bis zum Jahr 2029 von 65 auf 67 Jahre angehoben.



Wie berechnet sich die Rente?



## Wie berechnet sich die Rente?

Rentenformel:

**Persönliche Entgeltpunkte x Rentenartfaktor x aktueller Rentenwert**

Persönliche Entgeltpunkte	<p>Entgeltpunkte richten sich nach dem Arbeitsverdienst des Versicherten und zwar durch den Vergleich mit dem Durchschnittsarbeitsverdienst aller Arbeitnehmer in diesem Jahr. Bei exaktem Durchschnittsverdienst aller versicherten Verdienster erzielt der Arbeitnehmer pro Jahr einen Entgeltpunkt.</p> <p>Bsp.:</p> <p>Das statistische Durchschnittsbruttoarbeitsentgelt für das Jahr 2013 beträgt 34.071 Euro/Jahr bzw. 2839,25 Euro/Monat.</p> <p>Vorläufiges Durchschnittsentgelt für 2014: 34.857 Euro/Jahr.</p>
Rentenartfaktor	<p>Der Rentenartfaktor richtet sich nach der Rentenart, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Altersrente: 1,0</li><li>• Volle Erwerbsminderungsrente: 1,0 (Voraussetzung: unter 3 Std. täglich arbeitsfähig)</li><li>• Halbe Erwerbsminderungsrente: 0,5 (Voraussetzung: 3 bis 6 Std. täglich arbeitsfähig)</li><li>• Große Witwen-/Witwerrente: 0,55 - 0,6</li><li>• Kleine Witwen-/Witwerrente: 0,25</li><li>• Halbwaisenrente: 0,1</li><li>• Vollwaisenrente: 0,2</li></ul>
Aktueller Rentenwert	<p>Der aktuelle Rentenwert ist der Monatsbetrag der Rente, der sich für einen Entgeltpunkt ergibt 28,61 Euro West und 26,39 Euro Ost, Stand 01.07.2014 - 30.06.2015.</p>



Was versteht man unter Insolvenzgeld?  
Wie wird das Insolvenzgeld finanziert?

## **Was versteht man unter Insolvenzgeld?**

Insolvenzgeld ist der Ausgleich des ausgefallenen Arbeitsverdienstes bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers.

Das Insolvenzgeld wird von der Bundesagentur für Arbeit längstens bis zu 3 Monate in Höhe des Nettoarbeitsentgelts gezahlt, soweit noch ein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht, §§ 165 Abs.1, 166 Abs.1 Nr.1, 167 Abs.1 SGB III.

## **Wie wird das Insolvenzgeld finanziert?**

Die Arbeitgeber finanzieren das Insolvenzgeld durch Zahlung einer Umlage. Sie beträgt 0,15 % im Jahre 2015.



Erläutern Sie die Dauer und die Höhe des Kurzarbeitergeldes.

## **Erläutern Sie die Dauer und die Höhe des Kurzarbeitergeldes.**

### **Dauer des Kurzarbeitergeldes:**

Längstens **6 Monate** nach § 104 Abs.1 SGB III.

### **Aber: Neu ab 01.01.2015:**

Geplante erneute Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf **12 Monate** für all diejenigen Arbeitnehmer, deren Anspruch auf Kurzarbeit bis zum 31.12.2015 entsteht.

**Neu:** Die verlängerte Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes wird voraussichtlich **bis Ende 2015** ausgedehnt, um Unternehmen in Zeiten einer abschwächenden Konjunktur Planungssicherheit zu geben und Entlassungen zu verhindern.

Die **Höhe des Kurzarbeitergeldes** nach § 105 SGB III entspricht der des Arbeitslosengeldes.

Kurzarbeitergeld beträgt für Arbeitnehmer mit mindestens einem Kind 67 Prozent und für alle anderen 60 Prozent des um die gesetzlichen Abzüge verminderten Arbeitseinkommens für die Dauer der Kurzarbeit.

### **Hinweis:**

Das Kurzarbeitergeld wird vom Arbeitsamt an den Arbeitgeber gezahlt, der es anschließend den Arbeitnehmern auszahlt.



Was beinhaltet das Sozialgesetzbuch SGB und das Arbeitsschutzgesetz?

Nennen Sie vier weitere Rechtsquellen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit.

WISSEN (kennen)

- 4.1.1 Bestimmungen des Sozialgesetzbuches und des Arbeitsschutzgesetzes
- 4.1.2 Bedeutung weiterer Gesetze für den Arbeitsschutz und die Arbeitssicherheit



## **Was beinhaltet das Sozialgesetzbuch SGB und das Arbeitsschutzgesetz?**

Das **Sozialgesetzbuch** fasst alle Sozialleistungsgesetze zusammen. Derzeit sind das Sozialgesetzbuch I bis XII in Kraft.

Das **Arbeitsschutzgesetz** trat 1996 in Kraft und ist ein Gesetz zur Umsetzung von EU-Richtlinien zum Arbeitsschutz.

Es beinhaltet die Grundsätze des betrieblichen Arbeitsschutzes zur Verhütung von Unfällen bei der Arbeit und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren, sowie Maßnahmen der menschengerechten Gestaltung der Arbeit.

## **Nennen Sie vier weitere Rechtsquellen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit.**

Weitere Rechtsquellen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit:

ArbSchG, ASiG, SGB VII, ProdSG, MuSchG, JArbSchG, Unfallverhütungsvorschriften/betriebsgenossenschaftliche Vorschriften, BetrVG, SGB IX, ArbZG, ArbStättV, BildschArbV

### **Wichtig:**

**Es gibt kein einheitliches Arbeitsschutz-/ Arbeitssicherheitsrecht!**

Das Arbeitsschutzrecht ist ein Sammelsurium von einzelnen Gesetzen und Verordnungen.



- Beschreiben Sie den Inhalt des Produktsicherheitsgesetzes ProdSG.  
Nennen Sie drei Ziele des ProdSG.

## **Beschreiben Sie den Inhalt des Produktsicherheitsgesetzes ProdSG.**

Das ProdSG gilt, wenn im Rahmen einer Geschäftstätigkeit Produkte auf dem Markt bereitgestellt, ausgestellt oder erstmals verwendet werden, § 1 Abs.1 ProdSG.

Eine Markteinführung ist nach § 3 ProdSG nur dann erlaubt, wenn es

1. die darin vorgesehenen Anforderungen erfüllt und
2. die Sicherheit und Gesundheit von Personen oder sonstige in den Rechtsverordnungen nach § 8 Abs. 1 ProdSG aufgeführte Rechtsgüter bei bestimmungsgemäßer oder vorhersehbarer Verwendung nicht gefährdet.

## **Nennen Sie drei Ziele des ProdSG**

Ziele des Produktsicherheitsgesetzes:

- Hersteller, Bevollmächtigte, Einführer (Importeure) als Händler dazu zu verpflichten, nur sichere Produkte auf den europäischen Binnenmarkt zu bringen
- Schutz der Anwender vor unsicheren bzw. mit Gefahren verbundenen Produkten
- Gewährleistung des freien Warenverkehrs mit sicheren Produkten
- Eintritt möglicher Schäden durch fehlerhafte Produkte präventiv verhindern



Was versteht man unter dem GS-Zeichen und unter der CE-Kennzeichnung?

Nennen Sie zwei Konsequenzen, die bei Verstößen gegen das ProdSG drohen können.



## Was versteht man unter dem GS-Zeichen und unter der CE-Kennzeichnung?

Das Siegel **Geprüfte Sicherheit** (GS-Zeichen) bescheinigt einem verwendungsfähigen Produkt, dass es einer erfolgreichen Prüfung unterzogen wurde und es den sicherheitstechnischen Anforderungen des § 21 ProdSG entspricht.

Hinweis: Das ProdSG sieht keine Pflichtprüfung der Produkte vor.

Mit dem **CE-Zeichen** erklärt der Hersteller/Inverkehrbringer, dass sein Produkt allen geltenden, EU-weit harmonisierten Normen genügt, die auf sein Produkt zutreffen.

Hinweis: Die CE-Kennzeichnung wird vom Hersteller oder Inverkehrbringer selbst angebracht und ist deshalb kein Qualitäts- oder Prüfsiegel, sondern nur eine Selbsterklärung bzw. Verwaltungszeichen, dass alle erforderlichen Bestimmungen eingehalten wurden. Eine Überprüfung erfolgt nicht. Aber, die CE-Kennzeichnung ist gesetzlich vorgeschrieben!

## Nennen Sie zwei Konsequenzen, die bei Verstößen gegen das ProdSG drohen können.

- Erheben von Bußgeldern zwischen 10.000€ und 100.000€ nach § 39 ProdSG
- Strafrechtliche Konsequenzen: Freiheitsstrafe, Geldstrafe nach § 40 ProdSG
- Wettbewerbsrechtliche Folgen: Staatliche Handelsverbote, Imageschaden, Warnungen in der Öffentlichkeit, Abmahnungen, ggf. Schadensersatzzahlungen
- Zivilrechtliche Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz (verschuldensunabhängige Haftung) oder nach § 823 BGB (verschuldensabhängige Haftung)



Was versteht man unter technischer Überwachung?

Erläutern Sie die Aufgabe der technischen Überwachungsvereine.



## Was versteht man unter technischer Überwachung?

Gemäß § 37 ProdSG erfolgt die Prüfung der überwachungsbedürftigen Anlagen regelmäßig von amtlichen oder amtlich für diesen Zweck anerkannten Sachverständigen („Beliehene“) wie die technischen Überwachungsvereine, (z.B. TÜV Nord, TÜV Süd, DEKRA). Diese sind privatrechtlich organisiert und im wesentlichen durch Prüfgebühren finanziert.

In Verordnungen ist festgelegt, zu welchen Zeitpunkten und in welchem Umfang Prüfungen vorzunehmen sind.

## Erläutern Sie die Aufgabe der technischen Überwachungsvereine.

Technischen Überwachungsvereinen kommt die Aufgabe zu, überwachungsbedürftige Anlagen verschiedenen Prüfungen zu unterziehen und auf Mängel hinzuweisen.

Aber:

- Technische Überwachungsvereine haben keine Berechtigung, Anordnungen zu treffen oder Arbeitsmittel stillzulegen. Sie können nur Überprüfungen durchführen und auf Mängel hinweisen (Mängelberichte)
- Das Abstellen von Mängeln sowie Stilllegungen muss das Gewerbeaufsichtsamt erlassen



Erläutern Sie vier Gesetze oder Verordnungen zum Umweltschutz.



## Erläutern Sie vier Gesetze oder Verordnungen zum Umweltschutz.

Wasserhaushaltsgesetz WHG	Ziele des WHG sind die Verhinderung der Einleitung von Schadstoffen in Gewässer, um diese als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern sowie die Bewirtschaftung der Gewässer zum Wohl der Allgemeinheit, § 1a WHG.
Abwasserverordnung AbwV	Die Abwasserverordnung ist die Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer.
Abwasserabgabengesetz AbwAG	Das AbwAG ist das Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer. Für das Einleiten von Abwasser (Schmutzwasser, Niederschlagswasser) in ein Gewässer ist eine Abgabe zu entrichten, § 1 AbwAG. Die Abwasserabgabe richtet sich nach der Schädlichkeit des Abwassers nach § 3 AbwAG. Dies soll anreizen, die Schädlichkeit der Abwässer zu vermindern.
Bundesbodenschutzgesetz BBodSchG	Das Bundesbodenschutzgesetz BBodSchG ist das Gesetz zum Schutz vor schädlicher Bodenveränderung und zur Sanierung von Altlasten. Zweck des BBodSchG ist es, die Funktionen des Bodens nachhaltig zu sichern oder wiederherzustellen.
Kreislaufwirtschaftsgesetz KrWG	Zweck des KrWG ist die Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen und die Sicherung der umweltverträglichen Verwertung und Beseitigung von Abfällen => Recycling und Produktverantwortung <ul style="list-style-type: none"><li>• Vermeidung vor Verwertung</li><li>• Verwertung vor Beseitigung</li></ul>
Verpackungsverordnung VerpackV	Der Gesetzgeber verfolgt mit der VerpackV den Zweck, überflüssige Verpackungen zu vermeiden und Umweltschutzgesichtspunkte zu berücksichtigen. Die Verpackungsverordnung konkretisiert die Produktverantwortung, indem sie dem Hersteller die gesetzliche Rücknahmee- und Verwertungspflicht auferlegt. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, wurde bundesweit das Duale System eingeführt.